Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

Verordnung über Militärversicherung (MVV)

Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung

Bern, Dezember 2024

Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	3
2	Beantragte Verordnungsänderung	3
3	Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden	4
4	Bemerkungen der Kantone	4
5	Bemerkungen der in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien	4
6	Bemerkungen der gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft	4
7	Bemerkungen von interessierten Kreisen	5
	Anhang	6

1 Ausgangslage

Per 1. Januar 2018 sind Änderungen bezüglich der Weiterentwicklung der Armee in Kraft gesetzt worden (s. Botschaft zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee, BBl 2014 6955). Dadurch wurden insbesondere das Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz MG; SR 510.10) und unter anderem auch Artikel 1a des Bundesgesetzes über die Militärversicherung (MVG; SR 833.1) überarbeitet. Die entsprechenden Anpassungen von Begriffen und nicht mehr aktuellen Verweisen in der Verordnung über die Militärversicherung (MVV; SR 833.11), die seinerzeit nicht vorgenommen wurden, erfolgen in dieser MVV-Revision.

Weiter muss die per 1. Januar 2022 eingeführte Präzisierung der Regelung in der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV; SR 832.202) betreffend «Analogietaxe» auch in der MVV umgesetzt werden.

Zudem wird Artikel 12 MVV – der unter anderem auch die medizinischen Hilfspersonen zum Gegenstand hat, die nach der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV; SR 832.102) zur selbstständigen Tätigkeit zugelassen sind – den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

2 Beantragte Verordnungsänderung

Durch die oben erwähnte Änderung wurde im MVG der Ausdruck «Instruktorenkorps» durch «Berufsmilitär» ersetzt (Art. 1a Abs. 1 Bst. b Ziff. 1 MVG). Diese Terminologie muss auch in der MVV angepasst werden (Art 2 Abs. 1 E-MVV). Neu findet sich im MVG der Begriff «Zeitmilitär» (Art. 1a Abs. 1 Bst. b Ziff. 2 MVG). Gegenwärtig findet diese Kategorie lediglich auf Verordnungsebene Erwähnung, wo der Begriff «Zeitsoldat» jedoch zu eng gefasst ist (Art. 2 Abs. 3 MVV). In der Verordnung verweist Artikel 2 Absatz 2 E-MVV auf die Definition des Zeitmilitärs im MG.

Weiter stimmen einige Verweise in der MVV auf das MVG nach der Weiterentwicklung der Armee nicht mehr. Unter anderem wurde Artikel 22 MVG erneuert. Artikel 11 MVV verweist in den Absätzen 1 und 2 noch immer auf Artikel 22 Absatz 3 MVG, anstatt auf neu Absatz 2. Dasselbe gilt für Artikel 13a MVV.

Die militärversicherten Patientinnen und Patienten müssen sich grundsätzlich – analog der Regelung in der UVV – in einem Vertragsspital behandeln lassen. Lediglich aus medizinischen Gründen kann von diesem Grundsatz abgewichen werden. Demnach müssen Artikel 14 Absätze 4 und 5 MVV entsprechend präzisiert werden. Eine Ausnahme von der Behandlung in einem Vertragsspital ist demnach ausdrücklich nur in einer medizinischen Notfallsituation und beim Fehlen des medizinischen Versorgungsangebots zulässig. Diese Regelung erfolgt in Analogie zur Präzisierung der Regelung in der UVV betreffend «Analogietaxe», die per 1. Januar 2022 vorgenommen wurde (Art. 15 Abs. 2 und 2^{bis} UVV).

Die Bestimmung betreffend medizinische Hilfspersonen, die nach der KVV zur selbstständigen Tätigkeit zugelassen sind, erfahren eine Aktualisierung. Bei der Neuregelung betreffend die Neuropsychologie und die psychologische Psychotherapie in der KVV, wurde die entsprechende Anpassungen in der MVV nicht vorgenommen. Konkret fehlt der Verweis auf Artikel 50b und 50c KVV, welche die Neuropsychologie und die psychologische Psychotherapie zum Gegenstand haben.

Obschon Artikel 12 MVV nicht auf Artikel 50b KVV (Neuropsychologie) verweist, besteht ein Tarifvertrag und die Neuropsychologinnen und Neuropsychologen können somit Leistungen für die MV erbringen und mit dieser abrechnen. Artikel 12 MVV soll nun den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden.

3 Verzeichnis der Vernehmlassungsteilnehmenden

Im Anhang findet sich ein Verzeichnis der Kantone, Parteien, Dachverbände sowie der eingeladenen Organisationen, die an der Vernehmlassung teilgenommen haben. Alle eingegangenen Stellungnahmen inklusive derjenigen von Privatpersonen sind öffentlich zugänglich.

4 Bemerkungen der Kantone

16 teilnehmende Kantone (**AG, AI, AR, BE, BS, FR, GL, NE, NW, SG, SH, SZ, TG, TI, VD, VS**) halten ausdrücklich fest, dass sie mit der Verordnungsänderung einverstanden sind. Die Kantone **BL, GR, OW, SO, UR** und **ZG** haben darauf verzichtet, eine Stellungnahme abzugeben. 3 Kantone (**JU, LU** und **ZH**) haben keine Stellungnahme zu dieser Verordnungsänderung eingereicht.

Der Kanton **GE** befürwortet die Verordnungsänderung, führt jedoch aus, dass der derzeit geltende Artikel 14 Absatz 4 der Verordnung über die Militärversicherung (MVV; SR 833.11) vorsehe, dass Versicherte, die sich in ein Spital ohne Tarifvertrag begeben, die Kosten so erstattet bekommen, wie wenn sie in einem vergleichbaren Spital mit Tarifvertrag behandelt worden wären. Notfälle seien jedoch vorbehalten.

Mit der geplanten Anpassung in Artikel 14 Absätze 4 und 5 des Entwurfs werden Notfälle zu einer Voraussetzung, um in einem nicht vertragsgebundenen Krankenhaus eine Kostenübernahme in Höhe des Tarifs zu erhalten, der in einem Vertragsspital gelte.

Ein Vorbehalt für Notfälle, wie er in Artikel 17 Absatz 4 des Bundesgesetzes über die Militärversicherung vom 19. Juni 1992 (MVG; SR 833.1) vorgesehen sei und besage, dass die Übernahme zusätzlicher Kosten durch den Versicherten in Notfällen nicht die Regel sei, findet sich nicht mehr. Es bestehe also ein potenzieller Widerspruch zum Bundesgesetz.

5 Bemerkungen der in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien

Die **FDP** und die **SP** sind mit der vorgeschlagenen Verordnungsanpassung einverstanden. Andere Parteien haben keine Stellungnahme abgegeben.

6 Bemerkungen der gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft

Der **Schweizerische Arbeitgeberverband** verzichtet mangels direkter Betroffenheit darauf, eine Stellungnahme abzugeben.

Die **Schweizerische Offiziersgesellschaft** und der **Schweizerische Gewerkschaftsbund** stimmen der Verordnungsänderung zu.

Der Personalverband **Swisspersona** stimmt der vorgeschlagenen Verordnungsänderung mit Vorbehalt zu und bringt betreffend Artikel 12 MVV vor, dass einerseits eine Öffnung und somit eine Anpassung des Artikels an die Artikel 44a, 45a, 50b-52f und 54a KVV begrüsst werde. Andererseits werde eine Kompetenzbeschneidung bei der Militärversicherung befürchtet, was zu vermieden sei. Die Eigenständigkeit der Versicherung habe sich bis heute sehr gut bewährt und dürfe in keiner Weise in Frage gestellt werden.

Der Personalverband **Transfair** stimmt den vorgenommenen Anpassungen mit Vorbehalt zu, bringt aber betreffend des vorgeschlagenen Artikels 12 MVV Folgendes vor: Die Ausweitung der für die Militärversicherung zugelassenen Leistungserbringer stelle für die Versicherten eine Angebotsverbesserung dar. Dies werde ausdrücklich begrüsst. Gleichzeitig stelle die Anpas-

sung eine Kompetenzbeschneidung für die Militärversicherung dar. Die Stellung der Militärversicherung als spezialgesetzliche Versicherung dürfe nicht infrage gestellt werden und müsse, trotz Angleichungen an die Regelungen des KVG und des UVG, unbedingt gewahrt bleiben. Diese Eigenständigkeit habe sich bis anhin bestens bewährt und biete auch für die Versicherten viele Vorteile.

Grundsätzlich sei man mit der Stossrichtung der vorgeschlagenen Änderung in Artikel 14 MVV – Anreize für Leistungserbringer keine Tarifvereinbarung mit der Militärversicherung abzuschliessen, zu eliminieren – einverstanden. Es sei auch im Interesse der Versicherten, dass der Anteil an Leistungserbringern mit Tarifvereinbarung mit der Militärversicherung möglichst hoch sei. Es dürfe aber nicht sein, dass die Leidtragenden von fehlenden Vereinbarungen zwischen Leistungserbringern und Militärversicherung schlussendlich die Versicherten seien. Es müsse daher eine Regelung gefunden werden, die das Erreichen des Zieles – Tarifvereinbarungen zwischen Leistungserbringern und Militärversicherung – ermögliche, ohne dass die Versicherten dafür das Risiko zu tragen haben. Die vorgeschlagenen Anpassungen in Artikel 14 seien deshalb abzulehnen. Entweder sei dieser Artikel umzuformulieren oder ansonsten in seiner ursprünglichen Form beizubehalten.

7 Bemerkungen von interessierten Kreisen

Die **Suva Militärversicherung** stimmt der vorgeschlagenen Verordnungsänderung mit Vorbehalt zu. Sie führt betreffend Artikel 12 MVV aus, dass einerseits eine Öffnung und somit eine Anpassung des Artikels an die Artikel 44a, 45a, 50b-52f und den Artikel 54 an das KVV begrüsst werde. Andererseits werde mit dem vorgeschlagenen Vorgehen eine Kompetenzbeschneidung bei der Militärversicherung befürchtet, was vermieden werden müsse. Die Eigenständigkeit der Versicherung habe sich bis heute sehr gut bewährt und dürfe in keiner Weise in Frage gestellt werden.

Anhang

1. Kantone / Cantons / Cantoni

	Datum	Bemerkungen
Staatskanzlei des Kantons Bern	14.08.2024	
Standeskanzlei des Kantons Uri	04.09.2024	
Staatskanzlei des Kantons Schwyz	10.09.2024	
Staatskanzlei des Kantons Obwalden	29.08.2024	
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden	17.09.2024	
Staatskanzlei des Kantons Glarus	10.09.2024	
Staatskanzlei des Kantons Zug	03.07.2024	
Chancellerie d'Etat du Canton de Fribourg	18.06.2024	
Staatskanzlei des Kantons Solothurn	12.08.2024	
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt	03.09.2024	
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft	13.08.2024	
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen	04.09.2024	
Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden	20.09.2024	
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden	12.09.2024	
Staatskanzlei des Kantons St. Gallen	17.07.2024	
Standeskanzlei des Kantons Graubünden	14.08.2024	
Staatskanzlei des Kantons Aargau	11.09.2024	
Staatskanzlei des Kantons Thurgau	03.09.2024	
Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	07.08.2024	
Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud	26.09.2024	
Chancellerie d'Etat du Canton du Valais	21.09.2024	

Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel	03.07.2024	
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève	18.09.2024	

2. In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien / partis politiques représentés à l'Assemblée fédérale / partiti rappresentati nell'Assemblea federale

FDP Die Liberalen PLR Les Libéraux-Radicaux PLR I Liberali Radiicali	09.09.2024	
Sozialdemokratische Partei der Schweiz SPS Parti socialiste suisse PSS Partito socialista svizzero PSS	23.09.2024	

3. Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft / associations faitières de l'économie qui œuvrent au niveau national / associazioni mantello nazionali dell'economia

Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	25.06.2024	
Schweiz. Offiziersgesellschaft (SOG) Société Suisse des Officiers (SSO) Società Svizzer degli Ufficiali (SSU)	04.09.2024	
Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)	04.09.2024	
Swisspersona	18.09.2024	
Transfair	19.09.2024	

4. Übrige / autres / altri

Suva Militärversicherung CNA assurance militaire INSAI assicurazione militare	20.09.2024	
---	------------	--